Leipzig. Gegenüber der Meldung eines auswärtigen Blattes, daß in der Klage des sächsischen Staates gegen die Konkursverwaltung der Leipziger Bank der angekündigte Vergleich nicht zu Stande gekommen sei und die gerichtliche Fortsetzung der Klage nunmehr auf den 22. d. M. vor dem Oberlandesgericht in Dresden anberaumt sei, kann das „Leipz. Tagebl.“ feststellen, daß Vergleichsverhandlungen bis jetzt noch gar nicht stattgefunden haben.

Hamburg. Zu der gestrigen Meldung über die in Ostende abzuhaltende Konferenz der an dem Verkehr nach Südamerika betheiligten deutschen und englischen Dampferlinien erfährt die „Hamb. Börsenh.“ heute, daß die Konferenz nunmehr doch stattfinde. Generaldirektor Ballin sei heute zur Theilnahme an derselben abgereist.

Darmstadt. (Priv.-Tel.) Staatsminister Rothe, der sich einer Operation unterzogen hat, die zufriedenstellend verlaufen ist, ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat die Leitung der Staatsgeschäfte wieder übernommen.

Erfurt. (Priv.-Tel.) Nach dem schweren Unwetter der letzten Woche sind abermals verheerende Wolkenbrüche in ganz Thüringen niedergegangen. Viele Personen schwebten in Lebensgefahr. Drei Personen wurden getödtet. Der durch das Unwetter angerichtete Schaden beträgt abermals Millionen.

Hof. (Priv.-Tel.) Im Obermaingebiet sind starke Erderschütterungen aufgetreten. Die Temperatur ist auf 1 Gr. gesunken.

Frankfurt a. M. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Newyork: Der Nordpolfahrer Peary wurde von der nach ihm ausgesandten Hilfsexpedition aufgefunden und befindet sich jetzt auf dem Rückwege. Peary telegraphirte aus der Château-Bay in Labrador, sagte jedoch nichts von den Ergebnissen der Reise.

München. (Priv.-Tel.) Ueber den Verlauf der heutigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages wird berichtet: Leidenschaftliche Debatten über die „Monatshefte“ und die „Neue Zeit“ wurden fortgesetzt. Höchst erregt wurde die Szene durch das Auftreten Stadthagen's, der den Redakteur der „Monatshefte“, Bloch, persönlich angriff, worauf dieser den Zwischenruf „Gelogen!“ machte. Stadthagen nannte das unverschämt. Singer rief Bloch zur Ordnung und verbat sich solchen Mißbrauch des Gastrechts. Den Höhepunkt der Erörterung bildete eine Rede Vollmar's für die Meinungsfreiheit. Für die „Neue Zeit“ sprachen Kautsky und Frau Zetkin, gegen sie Ulrich und Heine.

Breslau. (Priv.-Tel.) Wie aus Marklissa gemeldet wird, entlud sich beim Aussprengen eines Tunnels an der Queisthalsperre ein Schuß, wodurch drei Arbeiter schwer verstümmelt wurden. Zwei der Verunglückten wurden nach dem Marklissaer Krankenhause gebracht, während der dritte, am schwersten Verletzte, nach dem Laubaner Krankenhause überführt wurde. Am Aufkommen des Letzteren wird gezweifelt. — Aus Woischnik wird gemeldet: Beim letzten Gewitter schlug der Blitz in das Haus eines Stellenbesitzers, fuhr durch den Schornstein in die Stube und tödtete dort ein junges Ehepaar, welches gerade beim Abendessen saß. Ein in der Wiege liegendes einhalbjähriges Kind blieb unverletzt.

Szegedin. Der alldeutsche Redakteur in Nagy-Kikinda, Arthur Korn, stand heute abermals vor dem Geschworenengericht wegen eines aufreizenden Gedichtes. Die Geschworenen sprachen Korn wegen Aufreizung schuldig, worauf ihn der Gerichtshof zu 6 Monaten Staatsgefängniß und 200 Kronen Geldstrafe verurtheilte. Das Urtheil ist auf seine Kosten zu veröffentlichen.

Paris. (Priv.-Tel.) Der bekannte Radfahrer Houret, der kürzlich gestürzt ist, wird nach dem Ausspruch der Aerzte zeitlebens lahm bleiben.

Turin. Heute Vormittag wurde hier der 5. Kongreß der internationalen Vereinigung zum Schutze des Eigenthums an Erzeugnissen der Industrie eröffnet.

Verona. (Priv.-Tel.) Anläßlich einer in Bovolone stattgehabten Festlichkeit unternahm ein Luftschiffer mit seinem Ballon einen Aufstieg. Bei der Landung fiel er aus bisher noch unbekannter Ursache aus dem Korbe und war sofort todt.

Haag. Die Königin, die von dem Prinzen Heinrich und der Königin-Mutter begleitet war, eröffnete heute die Generalstaaten mit einer Rede, in der sie zunächst auf die schwere Krankheit hinwies, von der sie völlig wiederhergestellt sei. Die ihr bei dieser Gelegenheit von dem Volke bewiesene Liebe habe das Band, das sie mit demselben verbinde, noch inniger geknüpft. Die Beziehungen zum Auslande seien nach wie vor sehr freundschaftliche. Die Nachwirkung einer Krise, die anderswo ausgebrochen sei, habe der Schifffahrt geschadet. Die Lage des Handels und der Industrie sei zufriedenstellend, die der Landwirthschaft nicht ungünstig. Schlechte Ernte in einigen Gegenden Javas hätten eine große Unterstützung der Betroffenen seitens der Regierung nöthig gemacht. Die Thronrede kündigt sodann Vorlagen über Erweiterung der Zuckergesetzgebung, sowie über das Telegraphen- und Telephonwesen an. In anderen Vorlagen wird um die Genehmigung der jüngst abgeschlossenen Konventionen über das internationale Privatrecht nachgesucht werden. Die Regierung von Surinam wird den Bau einer Eisenbahn von Staatswegen im Lava-Territorium beantragen.

London. (Priv.-Tel.) Die Bürger der Stadt Cork, wo Mannschaften vom Berliner Ruderklub an einer Regatta Theil genommen hatten, haben aus dem Ertrage öffentlicher Sammlungen einen silbernen Pokal gestiftet, der den Mitgliedern des Berliner Ruderklubs in Anerkennung ihrer vorzüglichen Leistungen bei dem internationalen Wettrudern in Cork überreicht werden soll.

Belgrad. (Priv.-Tel.) Das Königspaar tritt die Reise nach Livadia in der Zeit zwischen dem 3. und 7. Oktober an.

Belgrad. (Priv.-Tel.) Die serbischen Behörden haben den bulgarischen Agitator Saratoff, den Präsidenten des macedonischen „Komitees der scharfen Tonart“, der in Nisch verhaftet und hierher überführt worden war, nach kurzem Verhör freigegeben.

**Frankfurt a. M.** (Schluß.) Credit 217,70. Diskonto 188,30. Dresdner Bank 144,50. Staatsbahn 154,10. Lombarden 21,10. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen 30,70. Still.

**Paris,** (3 Uhr Nachm.) Rente 100,35 [illegible]. Italiener 102,62½. Spanier 85,40. Portugiesen 31,—. Türken 29,20. Türkenlose 121,75. Ottomanbank 582,—. Staatsbahn 771,—. Lombarden 110,—. Unentschieden.

**Paris,** Produktenmarkt. Weizen per Septbr. 20,55, per Januar-April 20,25, beh. Spiritus per Septbr. 32,00, per Januar-April 33,50, ruhig. Rüböl per Septbr. 57,75, per Januar-April 58,—, ruhig.

**Amsterdam.** Produkten-Bericht. Weizen per Novbr. —,—, per März —,—, geschäftslos. Roggen per Oktober 138,—, per März —,—, still.

## Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Hoheit Herzogin Paul Friedrich zu Mecklenburg, sowie Prinzessin Marie Antoinette zu Mecklenburg beehrten die Conditorei des Hoflieferanten Kreutzkamm mit ihrem Besuche.

— Se. Majestät der König hat den zum Vice- und Deputat-Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Zittau ernannten, in Görlitz wohnhaften Kaufmann H. Schilling in dieser Eigenschaft anerkannt.

— Der bisherige Direktor der städtischen Fleischbeschau zu Dresden, Professor Dr. Edelmann, ist zum Landesthierarzt und in dieser Eigenschaft zum Mitglied der Kommission für das Veterinärwesen ernannt worden.

— Dem Landrichter beim Landgericht Leipzig, Dr. Mittelstädt, ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste bewilligt worden.

— Wie man in allen Kreisen unserer Stadt mit freudiger Antheilnahme vernehmen wird, ist im Befinden des Herrn Stadtraths Fischer eine so entschiedene Besserung eingetreten, daß mit Bestimmtheit zu erwarten steht, daß er in einigen Wochen seine Amtsthätigkeit wird wieder aufnehmen können.

— Ueber Se. Majestät den König im Manöverfelde bei Grimma wird in den „Nachrichten für Grimma“ geschrieben: „Wenn König Georg in's Manövergelände ritt, so war von Absperrungsmaßregeln keine Rede. Wer den König aus nächster Nähe sehen wollte, hatte die beste Gelegenheit dazu. Von dieser Gelegenheit ist denn auch reichlich Gebrauch gemacht worden, und man mußte dabei die Geduld bewundern, mit der König Georg es sich gefallen ließ, daß seinem Gefolge ein Schwarm getreuer Unterthanen sich anschloß, und die ausdauernde Freundlichkeit, mit der er jeden Gruß erwiderte. Nur dann und wann wurde ihm die Neugier lästig, wenn sie ihn selbst beim Frühstück nicht ungestört ließ. „Ich habe es nicht gern, wenn ich esse und 10 bis 20 Hungrige schauen mir zu“, wandte er sich das eine Mal an die ihn umgebende Menge, und ein anderes Mal fragte er sie: „Ihr habt wohl noch Niemand Bemmchen essen sehen?“ Beide Male erreichte er, daß den Zuschauern einigermaßen ihre Taktlosigkeit zum Bewußtsein kam. Sie wichen zurück — aber nicht weit, denn die Neugier siegte bald wieder.“

— Das Mahl, das vorgestern Nachmittag Se. Majestät der König in Leisnig bei Herrn Hofrath Dr. Mirus einnahm, war von Herrn Hoftraiteur Max Strohbach hier ausgerichtet worden.

— Von maßgebender Stelle der konservativen Partei im Königreich Sachsen erfährt die „Kons. Korr.“, daß der viel besprochene, die Wendung „Krachen der Throne“ enthaltende Artikel des „Vaterland“ als bloße Privatleistung einer der Leitung des konservativen Landesvereins nicht angehörigen Person und dessen Aufnahme nur der Redaktion zur Last zu legen ist. Der Konservative Landesverein steht auf genau demselben Boden, der in der „Konservativen Korrespondenz“ als der allgemein konservative Standpunkt gekennzeichnet ist. Die Aufnahme des Artikels würde unmöglich gewesen sein, wenn nicht gerade zufällig die leitenden Persönlichkeiten des Landesvereins sich in den Ferien befunden hätten. Diese seien durch den Artikel ebenso überrascht und unangenehm berührt worden wie alle übrigen Konservativen.

— Die Sächsische Holzberufsgenossenschaft hielt am Montag, den 15. September, im Neustädter Kasino zu Dresden-Neustadt ihre 18. ordentliche Genossenschaftsversammlung ab. Der Vorsitzende Herr Kommerzienrath Ernst Grumbt-Dresden eröffnete die Versammlung unter Begrüßung der Mitglieder und stellte die ordnungsmäßige Einberufung der Versammlung fest. Dem zunächst vorgelegten Verwaltungsberichte auf das Jahr 1901 war u. A. zu entnehmen, daß Ende des Berichtsjahres im Mitgliederkataster 3412 Gesammtbetriebe mit 31 107 Durchschnittsarbeitern (29 751 Vollarbeitern), einschließlich 26 Selbstversicherern, eingetragen waren. Von diesen Betrieben entfallen 2014 auf Maschinen- und 1398 auf Handbetrieb, sowie auf jeden Maschinenbetrieb durchschnittlich 13,7 Personen, auf jeden Handbetrieb 2,5 oder auf jeden Betrieb durchschnittlich 9,1 Personen. In der Zeit vom 1. Oktober 1885 bis 31. Dezember 1901 sind insgesammt 267 724 675 Mk. an Löhnen und 2 041 064 Mk. 72 Pfg. an Entschädigungen bezahlt worden. Im Jahre 1901 sind 1097 Unfälle zur Anzeige gebracht und 308 137 Mk. 97 Pfg. Entschädigungen bezahlt worden. Die Summe der anrechnungsfähigen Gehälter und Löhne betrug 25 133 908 Mk. im Jahre 1901 (gegen 25 284 889 Mk. im Vorjahre). An Verwaltungskosten sind für das Berichtsjahr 49 328 Mk. 4 Pfg. aufzubringen (gegen 46 442 Mk. 39 Pfg. im Vorjahre), d. i. eine Durchschnittsbelastung von 1 Mk. 59 Pfg. pro Kopf der versicherten Personen oder 1 Mk. 96 Pfg. auf je 1000 Mk. Lohnsumme. In den Reservefonds sind 28 831 Mk. 11 Pfg. einzulegen. Die durch den technischen Aufsichtsbeamten im 2. Halbjahre erfolgte Revision erstreckte sich auf 185 Betriebe und es mußte wieder eine große Anzahl Unternehmer zur Beseitigung von Mängeln veranlaßt, theils in Strafe genommen werden. Wegen unterlassener Betriebsanmeldung und unrichtiger Lohnabgaben waren gegen 27 Genossenschaftsmitglieder Ordnungsstrafen zu verhängen. Für die Umlage der Beiträge pro 1901 sind 25 133 908 Mk. von den Mitgliedern gezahlte anrechnungsfähige Löhne und Gehälter maßgebend; durch Multiplikation der Lohnsumme jeden Betriebes mit der Gefahrenziffer sind 52 976 352 Beitragseinheiten gewonnen. Auf die gesammte Genossenschaft ist somit für 1901 ein Betrag von 390 312 Mk. 67 Pfg. umzulegen, was für jede Beitragseinheit 0,00737 Mk. beträgt. Die Jahresrechnung der Berufsgenossenschaft schließt bei 350 330 Mk. 13 Pfg. Einnahmen und 348 482 Mk. 91 Pfg. Ausgaben mit einem Kassenbestand von 1847 Mk. 22 Pfg. ab, die Vermögensübersicht für Ultimo 1901 mit 970 066 Mk. 72 Pfg. in Aktiven und Passiven. Auf Antrag der Herren Rechnungsprüfer, welche das Rechnungswerk in allen Theilen für richtig befunden haben, wurde dem Vorstande einstimmig Entlastung ertheilt. Zu dem Geschäftsbericht gab der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Grumbt, noch einige Erläuterungen. Insbesondere gab er der Thatsache Ausdruck, daß die durch die neuerlichen reichsgesetzlichen Bestimmungen eingetretene Belastung der Berufsgenossenschaften von diesen überaus drückend empfunden wird. Die Versammlung schloß sich in einer Resolution dieser Anschauung vollkommen an und gab in derselben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Regierung bestrebt sein werde, jeder weiteren Steigerung dieser Belastung energisch entgegen zu treten. In diesem Sinne beschloß auch die Versammlung, sich den am 17. Juli vom Genossenschaftstage in Düsseldorf gefaßten Beschlüssen einmüthig anzuschließen. Der Etat für die Verwaltungskosten auf das Jahr 1903 wurde auf 52 000 Mk. festgesetzt. Die Beschaffung des Betriebsfonds für 1903 wurde in der bisherigen Weise genehmigt, ebenso einstimmig wurde der Ausschuß zur Vorprüfung der Jahresrechnung für 1902 und deren Ersatzmänner wiedergewählt. Zur Abänderung des Gefahrentarifs vom 1. Januar 1903 ab wurde ferner gewählt eine besondere Kommission, bestehend aus dem Genossenschaftsvorstand und 8 Genossenschaftsmitgliedern. Außerdem wurden in diese Tarifabänderungskommission auf einen Antrag aus der Mitte der Versammlung noch 3 Arbeitgeber zugewählt, welche unter 10 Arbeiter beschäftigen. Ein Antrag des Herrn Sägewerksbesitzers Heidler um einen Nachlaß der zu viel gezahlten Beiträge wurde von dem Antragsteller zurückgezogen, nachdem in der Debatte auf die Konsequenzen hingewiesen worden, welche eine derartige Maßnahme nach sich ziehen würde. Schließlich wurde in Erwägung, daß die jetzt bestehende Anzahl von 25 Vertrauensmännern zur Kontrole der Rentner durchaus unzureichend sei, beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, die Zahl der Vertrauensmänner auf 45 zu erhöhen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. Zu bemerken ist noch, daß in derselben 31 Herren mit 671 Stimmen und 91 Betriebe vertreten waren. Der Versammlung wohnte auch Herr Geh. Rath v. Burgsdorff als Vertreter des Königl. Landesversicherungsamtes bei.

— Städtische Arbeiterpolitik. Die wirthschaftliche Thätigkeit der Städte, die im letzten Jahrzehnt eine früher kaum für möglich, geschweige für wünschenswerth gehaltene Ausdehnung erfahren hat, wird im Grunde von zwei Gedanken beherrscht: während bei einem Theile der kommunalen Unternehmungen die sozialpolitische Absicht einer Fürsorge für das leibliche und geistige Wohl, namentlich der ärmeren Klassen, maßgebend ist, stehen andere mehr oder weniger im Dienste der kommunalen Finanzpolitik. Aber auch in diesem zweiten Falle, wo die Erwartung finanzieller Erträge zur Neuschaffung städtischer Betriebe oder zum Ankauf privater Unternehmungen den Anstoß gab, hat sich den Gemeindeverwaltungen mit der größeren Zahl ihrer eigenen Arbeiter zugleich der Kreis ihrer sozialpolitischen Aufgaben erweitert. Zwar sind die hierbei in Frage kommenden Verhältnisse zur Zeit noch in starkem Flusse und daher schwer zu überschauen, indessen läßt sich doch aus manchen Anzeichen erkennen, daß in vielen Fällen die Erweiterung der wirthschaftlichen Thätigkeit von einer beachtenswerthen Umgestaltung der kommunalen Arbeiterpolitik begleitet ist. Erhöhte Sicherheit des Arbeitsverhältnisses und des Verdienstes, Aussicht auf Lohnerhöhung mit steigendem Dienstalter, Sicherung des Lebensunterhaltes im Falle der Arbeitsunfähigkeit, Urlaub unter Fortgewährung des Lohnes, Fürsorge für die Hinterbliebenen, die Wohlthat des sogenannten Sterbemonats — diese und ähnliche Punkte bezeichnen die Ziele, die die städtische Arbeiterpolitik zum Theil erstrebt, zum Theil schon erreicht hat. Der große Vorzug der wirthschaftlichen Stellung, die auf diesen Wegen den städtischen Arbeitern zugänglich gemacht wird, kommt vielleicht am deutlichsten dadurch zum Ausdruck, daß man die so gestellten Arbeiter gelegentlich Arbeiterbeamte zu nennen liebt. Wenn übrigens nicht nur in den verschiedenen Städten, sondern auch in verschiedenen Betrieben derselben Stadt Abweichungen vorhanden sind, so erklärt sich dies theils aus den unvermeidlichen Unebenheiten des nationalen Wirthschaftsgebietes, theils aus der Jugend der städtischen Arbeiterpolitik und aus ihrer vorwiegend freien Entwickelung, letzteres um so mehr, als die Vorschriften der Gewerbeordnung für städtische Unternehmungen nur in beschränktem Maße bindend sind. Auch mögen dort, wo noch eine gewisse Rückständigkeit sich bemerkbar macht, triftige Bedenken, wie Rücksichten auf die Steuerzahler oder die privaten Unternehmungen des Ortes, mitbestimmend sein, denn nichts wäre verkehrter, als die Entwickelung dieser Dinge in eine Schablone zwängen und überall das gleiche Tempo erzwingen zu wollen. Wir befinden uns hier vielfach noch auf dem Boden unabgeklärter Versuche, und auch der Umstand, daß das Gebiet der städtischen Arbeiterpolitik den Strömungen des Parteitreibens ausgesetzt ist, mahnt zu doppelter Vorsicht. Daher ist ein vor Kurzem erschienenes Buch, welches die wirthschaftliche Lage der städtischen Arbeiter auf Grund statistischer Erhebungen zu schildern versucht, als zeitgemäß zu begrüßen: Paul Mombert: „Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter.“ (Verlag von Cotta in Stuttgart und Berlin.) Zwar geht der Idealismus des Verfassers da, wo er seine persönlichen Meinungen und Wünsche offenbart, mitunter etwas zu weit, namentlich deshalb, weil er unter Mißachtung der obwaltenden Schwierigkeiten das ihm vorschwebende Ziel zu schnell und unter allen Umständen erreichen will. Daß die städtischen Arbeiter durchschnittlich in einem höheren Alter stehen und mehr verheirathete aufweisen, als die Arbeiter in privaten Unternehmungen, ist doch offenbar die Wirkung gewisser sozialpolitischer Rücksichten, die man bei der Anstellung der städtischen Arbeiter zu nehmen pflegt, eine Thatsache, die der Verfasser bei Beurtheilung der sonstigen Verhältnisse dieser Arbeiter nicht in die Waage gelegt hat. Daraus erklärt sich auch seine Forderung, die sämmtlichen städtischen Betriebe, also auch die nicht technischen, den Vorschriften der Gewerbeordnung zu unterwerfen. Aber der Werth seines Buches liegt, wie man zu seinen Gunsten sagen muß, nicht in den subjektiven Abschnitten und Ausführungen, sondern in der auf umfangreichen Studien beruhenden Darlegung der bestehenden Verhältnisse. Und weil zu sehen und zu hören, wie man es anderswo macht, bekanntlich eine der besten und billigsten Quellen ersprießlichen Fortschritts ist, so verdient das Buch in allen Kreisen, die der kommunalen Arbeiterpolitik nahe stehen, Beachtung.

— Es wurde jüngst darauf hingewiesen, daß es nothwendig sei, auch hinsichtlich der steuerlichen und sonstigen Behandlung ausländischer Handlungsreisender, die in Deutschland Bestellungen suchen, entsprechende Bestimmungen zu treffen, wie das Ausland. Ausländische Handlungsreisende werden jetzt in Deutschland beim Aufsuchen von Waarenbestellungen den Inländern gleichgestellt, d. h. sie sind in der Regel steuerfrei. Umgekehrt müssen deutsche Handlungsreisende im Auslande vielfach recht hohe Taxen für die Erlaubniß zur Ausübung ihres Gewerbes bezahlen. Es sei hier nur an die in Rußland, Schweden, Norwegen und Dänemark bestehenden hohen Steuersätze und die gegen fremde Handlungsreisende daselbst ausgeübte scharfe und höchst lästige Kontrole erinnert. Natürlich wird auf diese Weise der Handel außerordentlich erschwert. Die in den Handelsverträgen zugestandenen Zollerleichterungen können durch die hohe Belastung der Handlungsreisenden vielfach illusorisch gemacht werden. Sicher wäre es daher erwünscht, wenn in unserer Zollgesetzgebung Reciprocitätsbestimmungen, die gegen diese Staaten in Anwendung gebracht werden könnten, vorgesehen würden. Aber so ohne Weiteres läßt sich dies, da dadurch die Gesetzgebung der Einzelstaaten betroffen wird, von Reichswegen nicht durchführen. Die zollamtliche Behandlung der Waarenmuster kann durch das Zollgesetz und den Zolltarif geregelt werden. Was dagegen die Besteuerung der Handlungsreisenden betrifft, so kommen hierfür ja doch die gewerbesteuerlichen Vorschriften der Bundesstaaten in Betracht. In der Reichsgesetzgebung fehlt es an diesbezüglichen allgemeinen Bestimmungen. Eine reichsgesetzliche Regelung müßte in der Richtung vorgenommen werden, daß Handlungsreisende aus solchen Ländern, die ihrerseits deutschen Handlungsreisenden durch hohe Abgaben das Aufsuchen von Waarenbestellungen erschweren, deutscherseits mindestens in gleicher Höhe besteuert werden könnten. Es müßte also der Grundsatz der Reciprocität, nicht die Meistbegünstigung, Anwendung finden. Nun erscheint es aber doch recht fraglich, ob auf diesem Wege die in Betracht kommenden Staaten zu einer Milderung ihrer einschlägigen Vorschriften gezwungen werden könnten. Gerade Länder, gegen welche die Maßregel in erster Linie in Anwendung zu bringen wäre, senden nach Deutschland weniger Handlungsreisende, als deutsche Handlungsreisende nach diesen Ländern gehen; sie würden also durch eine Verschärfung der diesbezüglichen deutschen Bestimmungen nur in verhältnißmäßig geringem Maße getroffen werden. So wünschenswerth der Erlaß bezüglicher Vorschriften auch wäre, so müßten doch, um das Ausland zum Entgegenkommen in dieser Frage zu zwingen, auch noch Maßregeln auf anderem Gebiete vorgesehen werden.

— Heute vollenden sich 15 Jahre, daß eine kleine Schaar hochgesinnter Frauen und Jungfrauen Dresdens zusammentrat zu jener schönen Vereinigung, die als Frauenortsgruppe Dresden vom Allgemeinen Deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschthums im Auslande, sich eine achtungsvolle Stellung unter den Vereinen Dresdens errungen hat. Jene kleine Schaar, der damals als erste Obmännin Frau Dr. Schramm-Macdonald vorstand, ist im Laufe der Jahre zu der stattlichen Zahl von etwa 600 angewachsen. Die segensreiche Wirksamkeit der Frauenortsgruppe auf nationalem Gebiete umfaßt einen großen Kreis von Schulen und Kindergärten in Böhmen, Mähren und anderen Ländern, während zur Weihnachtszeit viele Hunderte armer Kinder an der Sprachgrenze mit Weihnachtsspenden von ihr bedacht werden. Die Festfeier ihres 15jährigen Bestehens begeht die Frauenortsgruppe diesmal besonders weihevoll am 24. Oktober im Gewerbehause.

— Der Umtausch der alten Postwerthzeichen kann, wie das „Chemn. Tagebl.“ schreibt, nunmehr im Großen und Ganzen als beendet angesehen werden. Bis jetzt sind bei den deutschen Reichspostanstalten 1 441 373 Stück Reichspostwerthzeichen mit heraldischem Adler im Werthbetrage von 110 912 Mark 80 Pf., 25 061 929 Stück Reichspostwerthzeichen der ersten Germania-Ausgabe im Werthbetrage von 2 161 655 Mk. 29 Pf. und 209 266 Stück württembergische Postwerthzeichen im Werthbetrage von 26 478 Mk. 59 Pfg. gegen neue Postwerthzeichen umgetauscht worden. Von Postkarten, Postanweisungen usw. mit dem Werthstempel älterer Art wurden etwa 14 Millionen Stück im Werthbetrage von rund 600 000 Mark gegen Marken bezw. Postkarten, Postanweisungen usw. neuer Art umgetauscht. Die angegebenen Zahlen erscheinen zunächst zwar recht hoch, doch ist zu berücksichtigen, daß im Reichspostgebiete täglich für fast eine Million Mark Postwerthzeichen abgesetzt werden, die insgesammt umgetauschten Germania-Werthzeichen stellen so kaum den Bedarf für drei Tage dar. Andererseits sind große Mengen alter Germania-Werthzeichen nach den von der Reichspost für die Uebergangszeit getroffenen erleichternden Bestimmungen gar nicht umgetauscht, sondern weiter verwendet worden. — Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Frist für den Umtausch der alten Postwerthzeichen mit dem 31. Dezember dieses Jahres abläuft.

— Eine das Straßenleben stark beeinflussende Erscheinung bildet der ambulante Kleinhandel, der einen in früheren Jahren nicht beobachteten Umfang angenommen hat. Die herrschende Stille auf dem Arbeitsmarkt zwingt Manchen, auf diese Weise einen Erwerb zu suchen. Alltäglich kann man von der Hauptmarkthalle in Friedrichstadt, sowie den anderen Verkaufscentren aus eine Menge dieser Gefährte nach den entferntesten Stadttheilen ziehen sehen, beladen mit Wein, Aepfeln, Birnen, Pflaumen, Blumenkohl, Pilzen, Gurken usw., was eben die Jahreszeit bietet. An Zuspruch fehlt es den Inhabern meistens nicht, da die Preise verhältnißmäßig niedrig sind und der Qualität der Waaren entsprechen. Bei der großen Menge dieser „fliegenden Verkaufsstände“ treibt die Konkurrenz üppige Blüthen, und man sucht sich bei den Anpreisungen in puncto Billigkeit zu übertreffen. Den Gipfel hierin hat aber entschieden ein Händler erreicht, der seine Salatgurken nach dem — Metermaß verkauft. Manche Hausfrau aus dem Volke sieht und hört mit Erstaunen dieses neueste Anerbieten, bleibt stehen und kauft in den meisten Fällen. Der originelle Verkäufer erfreut sich eines großen Absatzes, da der geforderte Preis für das Centimeter Gurke nicht hoch genannt werden kann.

— Das geplante Volksbad am Elbberg bezw. der Marschallstraße bereitet den hiesigen Badebesitzern mancherlei Kümmerniß, die in folgender Zuschrift Ausdruck findet, die uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt wird: Die Nothlage der hiesigen Badebesitzer ist eine erwiesene Thatsache. Im Verlaufe eines halben Jahres sind zwei altrenommirte Bäder eingegangen, andere fristen ein mühseliges Dasein, darunter Anstalten, deren Einrichtung man geradezu als mustergiltig bezeichnen kann. Die Gründe hierfür sind wohl zunächst in der Zunahme der häuslichen Bade-Einrichtungen zu suchen, dann aber auch in einer gewissen sanitären Indolenz eines großen Theils der Bevölkerung und schließlich in der Konkurrenz, die den privaten Badeanstalten in letzter Zeit durch Errichtung öffentlicher Badegelegenheiten erwachsen ist. Nicht genug mit den Schulbrause- und den Volksbädern, ist man jetzt im Begriff, die Bewilligung zur Uebernahme eines großen Volksbades, das an der Carolabrücke erbaut wird und zu dem die Güntz-Stiftung die Mittel liefern muß, in städtische Verwaltung auszusprechen. Mit dem Aufhören der Rathsbaderei hat sich der Rath nicht mehr um die Badebedürfnisse der Dresdner Bevölkerung gekümmert. Infolgedessen entstanden eine Reihe von Privatanstalten, die sich im Laufe der Zeit in ihrer sicheren, wenn auch nicht glänzenden Existenz wohl fühlten, bis in den letzten Jahren die Stadt mit ihren Volksbädern als gefährliche Konkurrentin auftrat, — denn daß diese letzteren auch von Personen benützt werden, deren Mittel den Gebrauch privater Bäder gestatten, unterliegt keinem Zweifel. Man wird Jedem, der es haben kann, sein häusliches Bad gönnen, man würde auch nichts dagegen einwenden können, wenn aus der Güntz-Stiftung ein

SLUB
Wir führen Wissen.